

**Antrag Nr. 7**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 7. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode am 12.5. 2017  
der Arbeiterkammer Niederösterreich**

## **Betriebsmissständen Einhalt gebieten**

Die Unternehmer im Land werden immer dreister. Betriebsrats-Verhinderungen, sei's nun bei KIK, Servus-TV, oder zuletzt Müller und Hornbach, stehen quasi auf der Tagesordnung. Handfeste und sublimere Motivkündigungen unterschiedlicher Abstufungen gegen KollegInnen die im „Verdacht“ stehen BR-Gründungen zu forcieren oder sich auch nur um ihre Rechte und Würde als Beschäftigte stark machen, ziehen sich quer durch die Betriebslandschaft. Begleitend machen sich die Unternehmen die explodierende Arbeitslosigkeit in Österreich immer ungenierter als Druckmittel gegenüber den Arbeitenden zunutze. Arbeitsrechtliche Verstöße nehmen ebenso zu wie unfaire Arbeitsverhältnisse und ungerechte Behandlung durch die Firmenleitungen. Flankierend rollt, in Kumpanei mit der Wiener Waxing-Beauty Katia Wagner, unterstützt von Politik und Medien eine Kampagne gegen das Arbeitsinspektorat übers Land, um auch dieses zurückzustutzen. Die Causa Wagner macht gleichzeitig sichtbar, dass gewisse Betriebe bzw. ihre Führungspersonal diese Dreistheiten gegenüber den Beschäftigten, den unwürdigen Arbeitsdruck und grassierende Missstände nochmals besonders auf die Spitze treiben. In Niederösterreich sticht dem breiten Vernehmen nach dahingehend wiederum etwa der einst geschätzte Arbeitgeber Dynacast unter dem neuen Arbeitsregime, den Drangsalierungen und den Verängstigungen des jetzigen Produktionsleiters negativ hervor - aufgrund derer bereits manch langjährige Mitarbeiter das Handtuch geworfen und den Betrieb verlassen haben und andere ihm missliebige Mitarbeiter, wie unter der Hand quer durch die Region kolportiert, auf die Straße geworfen wurden.

**Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Niederösterreich:**

- Die AK Niederösterreich wird sich dieser zunehmenden Angriffe und grassierenden Missstände daher nochmals verstärkt annehmen, konkreten Fällen nachgehen und sich unter Ausschöpfung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel (politisch, rechtlich, medial) für den Schutz und die Rechte der Beschäftigten in Niederösterreich einsetzen.
- Die AK Niederösterreich bekennt sich dazu, diesem Treiben in enger Kooperation mit den Gewerkschaften, in Einschaltung des Arbeitsinspektorats sowie gemeinsamen Besichtigungen und wenn nötig auch gerichtlich Einhalt zu gebieten